

Wann eventuellen Rücktritt nach Maßgabe von einem ...

Die Wahrung der Verfassung. Nach einer ...

Die Sonntagsruhe im Freizeigewerbe ...

Streit in Waldheim und Färberzeilen ...

Dresden. Die am 1. Februar von der ...

Bittau. Die kalten Nächte der letzten ...

Bärenburg bei Lipsdorf. Unbekannt ...

Reuzersdorf. Eine seltene Geburtstagsfeier ...

Pörschke. Einen guten Gang machten am ...

Sächsischer Landtag.

Am heutigen Sitzung nach dem Eintritt in die ...

Der Minister des Innern ...

Es folgte die Schlussberatung über ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die neue Lohnabzugsverfahren ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Tagesgeschichte.

Urteil des Obergerichtes ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Zahl der Einkommensteuer ...

Die Beschlüsse der Reichsversammlung...
Die Reichsversammlung hat beschlossen, dass die Reichsregierung...

Reiche Nachrichten und Telegramme

Berlin, 22. April 1921.
Die Reichsversammlung hat beschlossen, dass die Reichsregierung...

Die Reichsversammlung hat beschlossen, dass die Reichsregierung...

Wien, 22. April 1921.
Die Reichsversammlung hat beschlossen, dass die Reichsregierung...

Die Reichsversammlung hat beschlossen, dass die Reichsregierung...

London, 22. April 1921.
Die Reichsversammlung hat beschlossen, dass die Reichsregierung...

Paris, 22. April 1921.
Die Reichsversammlung hat beschlossen, dass die Reichsregierung...

Madrid, 22. April 1921.
Die Reichsversammlung hat beschlossen, dass die Reichsregierung...

Wohlfahrt

Lehrer gesucht
Mädchen
Haus- od. Küchenhilfen

Kammer-Lichtspiele

Augen der Welt

3 Akte
Sicht- und Schattenbilder aus der Höhe und Tiefe des Lebens.

Ein trauriger Schullehrer

als Held ist er erdicht.
Jungfer, 21 Jahre alt
Kaufmann

Älteres Pferd

zu verkaufen
Braune Stute
Jagd- u. Zughund

Arbeitslosen

und Arbeiter
1600 R., preisw. zu verlaus.

Musik

Ein O-Tisch
Eola, fast neu, mit vollst. Feder- und Zifferblatt.
Auto 1/2 PS.

Fast neues Versteck

zu verkaufen. In erf. im Tagblatt Nr. 10.
Lose Faser
Dieferrureilig
Haarwand, Kissen.

Im Wechselfpiel des Lebens.

Man hat oft die Illusion, dass das Leben ein Spiel sei, in dem man die Rollen der Helden und Schurken abwechselnd spielt. In Wirklichkeit ist das Leben ein Kampf, in dem man die Rollen der Helden und Schurken abwechselnd spielt.

Das Leben ist ein Kampf, in dem man die Rollen der Helden und Schurken abwechselnd spielt. Man hat oft die Illusion, dass das Leben ein Spiel sei, in dem man die Rollen der Helden und Schurken abwechselnd spielt.

Das Leben ist ein Kampf, in dem man die Rollen der Helden und Schurken abwechselnd spielt. Man hat oft die Illusion, dass das Leben ein Spiel sei, in dem man die Rollen der Helden und Schurken abwechselnd spielt.

Beilage zum „Nieferer Tageblatt“.

Verlag: Nieferer & Co. Dr. G. Nieferer, Nieferer. Druck: Nieferer & Co. Dr. G. Nieferer, Nieferer. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 10 Pf. pro Woche. Postamt: Nieferer & Co. Dr. G. Nieferer, Nieferer.

11 98.

Freitag, 22. April 1921, abends.

74. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Sind und Trübungen und Kampf befehlt. Präsident Eberth hat die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen.

Die Internationale Handelskammer hat wegen der unzureichenden Bekämpfung eines Regierungsvorwurfs innerhalb der vorgeschriebenen Frist beantragt, dass der Reichstag ein Komitee zur Untersuchung der Angelegenheit ernennen solle. Der Antrag ist abgelehnt worden. Die Kommission hat die Angelegenheit nicht gründlich genug vorgenommen und der Antrag des Ausschusses ist nicht abzuwehren. Der Ausschuss (Vors.) beantragt die Zurückweisung an die Kommission. Abg. Dittmann (L. Soz.) schlägt vor, dass die Kommission den Eindruck gewonnen habe, dass es sich hier um eine politische Sache handle. Antrag ist angenommen. In allen übrigen Fällen wird nach dem Antrag des Ausschusses auf Einleitung des Verfahrens erkannt.

In der Fortsetzung der gestern abgebrochenen Beratung über die Anfrage der Unabhängigen auf Aufhebung der Ausnahmebestimmungen polemisiert zunächst

Abg. Barmatz (Dem.) gegen die angeblichen übertriebenen Darstellungen des Abg. Rosenfeld. Von den Erfahrungen, den tatsächlichen Auslassungen, den persönlichen Beziehungen und all den ökonomischen Zusammenhängen habe Rosenfeld nicht gesprochen. Der Regierung könne er den Vorwurf nicht erproben, nicht rasch genug eingeschritten zu haben. Wo aber alles verlange, wo selbst die unabhängigen politischen Kreise der Reichstagsopposition und Unabhängigen keinen Grund gegen das Umschreiben des Kommissionsentwurfs und des Beschlusses finden, müssten radikale Maßnahmen getroffen werden. Er rufe daher ganz auf dem Boden der Verordnungen und mache vor jeder Änderung, namentlich mit Ausnahme einer Bestimmung über die Jugendlichen.

Abg. Böhmer (Soz.) meint, für die Bezirke Hamburg, Arnberg, Düsseldorf und Münster können allerdings die Ausnahmebestimmungen aufgehoben werden, nicht aber für die Provinz Sachsen. Für diesen Standpunkt sei das Verhalten der „Rechten“ selbst maßgebend, die auch heute weiter behaupten. Für den Rest aber, den der Abg. Rosenfeld gestern als den revolutionären Geist der Arbeiterschaft pries und der sich in den schweren Krisenbewusstsein, empfand die Arbeiterschaft nur Not und Enttäuschung. Wenn Rosenfeld gestern die Grenzlinie als diejenige bezeichnet, die kapitalistische Klasse bezeichnete, so sei das eine Frage, denn diese Grenze seien nicht und selbst sozialistische Schichten seien behaltes niedriger gemacht worden. Die Sonderrechte müssten bestehen bleiben, aber sie müssten mit anderen umgewandelt werden, damit sie nicht zu Ausnahmestellen gegen die Arbeiter würden. Das müsse der Antrag der Reichstagsopposition.

Justizminister Heine erklärt sich bereit, zum Antrag der Reichstagsopposition im Hinblick auf die Stellung zu nehmen, und erklärt gegenüber den Vorwürfen, dass die Kapitulanten noch nicht zur Verantwortung gezogen seien, die meisten Kapitulanten seien amnestiert und die Führer der Berliner Zentralstelle des Kampfbundes seien zu bestrafen und diese seien trotz aller Bestimmungen bisher nicht zu fassen gewesen.

Abg. Greiner (D. Sp.) polemisiert in scharfer Form gegen die Kommunisten und Unabhängigen. Den letzteren wirft er vor, weil sie keine klare Scheidung nach links errichten. Solange die Kämpfer bei den Kommunisten bleiben, wie sie jetzt sind, dürfen die Ausnahmebestimmungen nicht fallen. Immerhin werden wir an den Verhandlungen teilnehmen. Als Redner zum Schluss die Legitimation des besetzten Rosenfeld anzuweisen, sich hier als Arbeitervertreter auszusprechen, entfährt ein ungeheurer Lärm auf der Bank, während die Rechte demonstrativ Weisheit sendet.

Abg. v. Scharf (L.) tritt für die Beibehaltung der Ausnahmebestimmungen ein. Eine schnelle Wiederherstellung der verletzten Justiz sei nur durch die Sondergerichte möglich. Mit der Ausnahmebestimmung sei er einverstanden, nur dürfe diese nicht dazu führen, der Justiz in die Arme zu fallen.

Abg. Debus (Dem.) gibt ein Bild der Herrschaft des Terror in Mitteldeutschland und meint, wenn auch Unberechtigungen in der Presse vorgekommen seien, so bleibe doch noch genug übrig, um das Recht der Kommunisten auf das schwerste zu belasten. Das Verhalten der Privatbanken, die Ermordung und Schändung der gefangenen Soldaten seien unverzeihliche Schandtat. Redner dankt der Sigo im Namen des deutschen Volkes für die Rettung der Stadt Halle und nimmt die Reichswehr und den Oberpräsidenten Gehör gegen die Angriffe der Roten in Schutz. Die Ausnahmebestimmungen dürfen für Mitteldeutschland nicht fallen.

Das Haus beschließt sodann die Weiterberatung ab und erledigt den Gesetzentwurf über die Prüfung und Bewilligung der Wiederherstellung in zweiter und dritter Lesung. Morgen mittags 3 Uhr, Anfragen und Weiterberatung.

Eggerwald wiedergewählt.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtages wurde Präsident Reinert als Ergebnis der wiederholten Wiederwahlpräsidentenwahl mit 58 und 371 Stimmen abgelehnt. Davon sind 23 Parteiabgeordnete. Von den 349 gültigen Stimmen erzielte Eggerwald (Str.) 27, Braun (Soz.) 100, Lubotski (Unabh.) 21, Busch (Str.) 1 Stimmen. Eggerwald ist also wiedergewählt.

Die „Der Deutsche“ teilt, wird Ministerpräsident Eggerwald voraussichtlich heute dem Landtage das neue Kabinett vorstellen, sowie in programmatischen Ausführungen die nächsten Aufgaben der Regierung mitteilen. Darauf werden die Vorsitzenden der Fraktionen den Standpunkt ihrer Partei erklären. Am Sonnabend wird die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt werden und mit einer Abstimmung über die Vertrauensfrage enden. — Dem „Vorl. Tageblatt“ zufolge hat gestern vormittag unter Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Besprechung der in Aussicht genommenen Minister stattgefunden, in der die Regierungserklärung in ihren Grundzügen erörtert wurde. Das neugegründete Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ bringt einen Artikel des preussischen Ministerpräsidenten Eggerwald, in dem er die von sozialdemokratischer Seite aufgestellte Behauptung, dass das ganze Gebiet der letzten Wochen darauf angelegt gewesen sei, die Sozialdemokratie aus den preussischen Ministerien auszuschalten, als eine gewalttätige Umwälzung der Reichsregierung über als absichtliche Verleumdung seiner grundsätzlichen Einstellung in dieser Frage bezeichnet. Unter

Die Bitte um Vermittlung an Amerika.

Die deutsche Note an Harding.

Berlin, 22. April.
Gestern wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Gesandträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:
Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten, trotz des noch formell bestehenden Kriegszustandes, an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzusetzen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie feierlich, dass die deutsche Regierung ohne Einverständnisse oder Verhöhnung bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Unterlegung seiner rechtlich und billigen Befindens sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, seinen Schiedspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten, sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach, zu erfüllen. Tief durchdrungen von der inneren Überzeugung dieser Bitte und in unabweisbarer Verantwortlichkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verantwortungsbewusste Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es bittet die verantwortliche Regierung um Gewährung seiner Bitte, auf dass nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erleichterung der geschätzten Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt. Dr. Heinen

Berlin, 22. April.
Kürzer der Note an den Präsidenten Harding hat die deutsche Regierung der Reparationskommission einen Teil eines Gesamtplanes zur Wiederentwässerung und einen ausgearbeiteten Plan für den Wiederaufbau überreicht.

Die Kritik der Parteien.

Die der Zeit-Union aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, waren zu Donnerstagabend 10 Uhr die Parteiführer des Reichstages in das Auswärtige Amt zu einer Besprechung mit dem Reichsaußenminister Dr. Simons über die außenpolitische Lage zusammenberufen. In der Aussprache wurde von mehrheitssozialistischer und deutschnationaler Seite an dem Schritt der Regierung Kritik geübt. Abg. Dr. Heinen lehnte es ab, auf eine Diskussion eines Schiedspruchs einzugehen, der seiner Ansicht nach der schädlichste von allen wäre, der getan werden könnte. Im Verlauf der Besprechung stellte sich heraus, dass der Vorkritik die ihm angelegene Vermittlung bei Harding mit der Begründung abgelehnt hat, dass durch die Inaktivität deutscher Presseorgane von vornherein die Möglichkeit eines Schiedspruchs ausgeschlossen sei. Die Vertreter des Zentrum stünden an die technischen Bedingungen des neuen Regierungsvortrags ein. Es wurde schließlich vereinbart, dass der Reichstag am Freitag zunächst eine Erklärung des Reichsaußenministers entgegennehmen soll, deren Besprechung jedoch nicht im Plenum, sondern im Auswärtigen Ausschuss stattfinden soll. Nach dem Verlauf der Besprechung

Erweis auf die gewaltige Kritik, die dem Reich, möge die Reparationsfrage durch Sanktionen oder anderweitig erledigt werden, bedroht, stellt der Ministerpräsident fest, dass das Ziel seines ganzen Bemühens gewesen sei, die möglichst baldige Aufstellung eines gegenseitig abgestimmten Programms der beiden Staatspräsidenten im Reich und in den Reichsteilen herbeizuführen, für welches eine starke parlamentarische Mehrheit geschaffen werden sollte. Die notwendige Stetigkeit in der deutschen Außen- und Innenpolitik sei auf andere Weise nicht zu erreichen.

Die SPD von unterrichteter Seite hört, ist anstelle des Reichsministers a. D. Schiller Oberbürgermeister a. D. Dr. Dominicus in das neue Preussische Ministerium eingetreten.

Annahme des Reichsministergesetzes im Reichsrat.

Der Reichsrat beschloss sich auf Grund des Berichtes seiner Ausschüsse mit dem Gesetzentwurf zur Regelung der Reichsministerwahl (Reichsministergesetz). Die Ausschüsse, über deren Verhandlungen Ministerialdirektor Dr. Gonsse berichtete, haben die Vorlage mit einigen Änderungen angenommen. Der Gesetzentwurf bringt im wesentlichen eine Quotifizierung der bisherigen Bestimmungen auf dem Gebiete der Regelung der Wahlen. In der Regierungsvorlage ist der Gebante festgehalten, dass eine gesetzliche Wahl nicht ohne Weiteres an Stelle der Vertragswahl treten kann. Aber die Gemeinden können verlangen, dass an Stelle der vertragmäßigen Wahl die gleichmäßige gewählt wird. Bei der gesetzlichen Wahl wird ausgegangen von der Friedenswahl des Jahres 1914. Nur wo eine solche nicht besteht, tritt eine Schätzung nach dem ortsüblichen Satze ein. Das Plenum des Reichsrates nahm den Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der Ausschüsse gegen die Stimmen Württembergs und Oldenburgs an.

Die Wirkung der Zollmaßnahmen.

Die die Frankfurter Blätter zur Zollkontrolle melden, herrscht auf den Zollstationen ein wildes Durcheinander. Die Beamten seien ohne genaue Dienstweisung. Infolge der Unkenntnis der Beamten und ihrer unzureichenden Zahl sanken sich die Güterzüge. Es besteht die Gefahr einer vollständigen Stilllegung der Strecke. In der Praxis ist bereits der gesamte Güterverkehr ins Stocken geraten. Auf den Zollabfertigungsstellen Ludwigsbafen, Eberhard und Germersheim seien keine deutschen Beamten mehr tätig. Auch in anderen Zollstationen stellten die deutschen Beamten ihre Tätigkeit ein. Für die Strecke Mannheim-Ludwigsbafen-Borms sei die Jurisdiktion der Güter angeordnet. Der Personenverkehr wird sich bis über die Eröffnung ab. In Wiesbaden wurde Mittwoch das Postgut auf Bussen und herabgesetzten Bächen durchgeführt. In Höchst wurde dann die Zollbehandlung vorgenommen. Die Zollstationen sind nunmehr geschlossen. Die Zollkontrolle der französischen Zollkommission die deutschen Zollbehörden angeordnet haben, sofort die Zollkontrolle auf den Düsseldorf Zollstellen in Deerenborn, Roth und Germersheim auszuüben, ebenso wird die Zollkontrolle an den Zollstellen auf den Landstraßen aufgehoben. Die Zollkontrolle der Güterzüge bleibt bestehen. Die Zusammenkunft von Güter-

gewinn man den Eindruck, dass auch die Führer der Sozialistpartei von dem Schritt des Reichskabinetts vorher nicht unterrichtet worden sind.

Die Begegnung in Lympne.

In einer Cavendish-Bericht steht es: Während der Begegnung in Lympne wird Briand Lord George den Plan vorgelegt, den die besten Köpfe Frankreichs für den Fall ausgearbeitet haben, dass Deutschland bei seiner passiven Resistenz verharret. Dieser Plan, der Freitag beendet sein wird, ist ein Niederlagsplan der fünf Berichte, die von den verschiedenen Sachverständigen ausgearbeitet wurden. In großen Zügen enthält er u. a. zu Gunsten des Reparationskontos die Erhebung eines Einkommens von 50 bis 70 Franks auf die Zone A, die aus dem Ruhrgebiet kommt. Der Ertrag der Bergwerke wird dem deutschen Personal überlassen bleiben, das aber von französischen Ingenieuren überwacht wird, die auch die Verteilung übernehmen. Deutschland wird kein Interesse daran haben, die Kohlenförderung zu hemmen, da es ja die Verteilung über die Kohlen erhält. Außerdem sind Erleichterungen im Bezug von Lebensmittel für die Bewohner der besetzten Gebiete vorgesehen. Man schätzt, dass der Ertrag der Kohlenbergwerke immer noch 75 Prozent der früheren Förderung von 275 Millionen Tonnen jährlich ausmachen wird. Dieser Plan wird in seiner Gesamtheit unter der Leitung eines Oberstaatssekretärs durchgeführt werden. Diese einfachen und praktischen Maßnahmen wurden von Le Trocquer und verschiedenen Stellen des Arbeitsministeriums ausgearbeitet. Sie wurden dem vom Ministerpräsidenten beauftragten Vorgesetzten vorgelegt, das wohl einschneidend, aber auch viel schwieriger in seiner Durchführung gewesen wäre. Dieser Entwurf sah die Übernahme des Betriebes durch die verbündeten Regierungen für alle Industrien im Ruhrgebiet vor, also nicht nur für die Bergwerke, sondern auch für die Eisenwerke, Zementfabriken und a. m. Zur Abgabe auf die Kohlenförderung werden noch andere Zahlungsmittel kommen. A. B. Verteilung an den Industrien, Abgabe auf die Ausfuhr und die ausländischen Werte, die als Bezahlung für die deutschen Kohlenlieferungen nach dem Auslande eingehen werden usw.

Der „Welt-Verfall“ erklärt, der Weltwirtschaftskrisen, der von der französischen Regierung über eine etwaige Ausbeutung des besetzten Gebietes aufgestellt wurde, entspricht einem Reparationsplan, der im vergangenen Winter von den alliierten Sachverständigen ausgearbeitet worden ist, und dem Deutschland seine grundsätzliche Zustimmung gegeben habe und zwar durch seinen Vertreter auf der Brüsseler Konferenz, Staatssekretär Bergmann. Dem gegenüber kann, so bemerkt W. B., nach Aussprache mitgeteilt werden, dass die deutsche Regierung durch den Staatssekretär Bergmann niemals eine bestimmte Zustimmung zu einem Reparationsplan gegeben habe. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, dass sowohl der belgische wie der französische Botschafter Mittwoch im Londoner Auswärtigen Amt vortraten, die belgische und italienische Regierung seien bestrebt, im engen und soweit möglich dauernden Kontakt mit den englisch-französischen Beratungen zu bleiben, die während des Wochenendes in Lympne stattfanden. Einer Washingtoner Exchange-Meldung zufolge soll Amerika beabsichtigen, sich auf der Konferenz der Premierminister in Lüttich zu beteiligen, um über den Lauf der Verhandlungen unterrichtet zu sein.

Allen infolge der Zollmaßnahmen hat auf den Zollbahnhöfen in Düsseldorf, Bielefeld und anderen Orten einen bedeutenden Umfang angenommen. Auf den Bahnhöfen Deerenborn, Roth und Germersheim stehen annähernd 60 bis 700 Wagen, die die Güter voll stopfen. Infolgedessen ist gestern an die Oberfelder Eisenbahndirektion von der Düsseldorf Eisenbahnstelle ein Telegramm abgegangen, in dem die Annahme weiterer Zollgüter verweigert wird. Der Personenverkehr wird weiterhin mit geringen Schwierigkeiten aufrechterhalten. Alle Güter sind außerordentlich langsam befördert.

Das Schicksal Oberkessels.

Die die „Voss Zeitung“ aus Breslau meldet, hat die internationalisierte Arbeitskommission Mittwoch ihre Arbeiten über das Abstimmungsresultat abgeschlossen. Sie wird in den nächsten Tagen dem Vorkomitee ihre Meinungen über das Ergebnis und ihre Vorschläge über seine Auswertung vorlegen.

Der „Luther Bergbau“ verbreitet die Nachricht, dass im nördlichen Teile Oberkessels starke deutsche Truppenansammlungen stattfinden, die bereits die Stärke von 8000 Mann erreicht hätten. Von zehnjähriger Seite wird der Telegraphen-Union erklärt, dass an dieser unheimlichen Meldung selbstverständlich kein wahres Wort ist.

Fortdauer des englischen Bergarbeiterstreiks.

Nach Meldungen der Londoner Mäcker werden die Bergarbeiter den Streik fortsetzen, bis die Forderung eines nationalen Lohnamtes seitens der Grubenbesitzer und der Regierung erfüllt ist. Die Bergarbeiter behaupten, sie würden es noch sechs Wochen aushalten, doch hält man es für wahrscheinlich, dass die Delegiertenverhandlungen mit der Regierung und den Grubenbesitzern wieder aufgenommen werden, nur um zu erfahren, welche Vorschläge gemacht werden.

Kommunistische Selbstverwaltung.

Es scheint bei den Kommunisten nicht bei einer Spaltung zu bleiben, sondern die Auflösung ist bereits in vollem Gange. Auf der einen Seite stehen die „Köpfe“, soweit solche eben bei den Kommunisten vorhanden waren. Paul Levi, Däumig, Geber, Adolf Hoffmann, Frau Jellin und einige andere sind von der kommunistischen Parteizentrale ausgeschlossen worden, die Ausübung ihres Mandates bis zur nächsten Sitzung des Zentralausschusses einzustellen. Die „Länder“ wollen also die Partei in Zukunft allein beherrschen. Das ist die Anwendung des kommunistischen Prinzips auf die Partei selbst. Die Frage ist nur, ob sich die Führer der kommunistischen Partei so ohne Gegenwehr werden lassen. Levi hat bereits die Mandatsaufhebung versprochen, und seine Schatzkassengenießen werden nun wohl das Gleiche tun. In jedem Fall hat die kommunistische Partei infolge der misslungenen Suche einen verhängnisvollen Schlag erlitten, und es wird selbst mit Hilfe des Moskauer Geldes schwer sein, die Trümmer der Partei wieder notdürftig zusammenzufügen. Es ist

